

Werkplatz Schweiz

Stellenabbau – obwohl die Konjunktur rundläuft

Strukturwandel — 46/47

Schweinemast

Sauerei mit Antibiotika

Schweizer Bauern — 42



SMI 9134 -2,0% SPI 10483 -2,0% STOXX50 3593 -2,6% DAX 13127 -2,6% Dow Jones 23422 -0,5% EUR/CHF 1.16 0,0% USD/CHF 1.00 -0,5% Eidgenosse 10 J. -0,03 40,0% Brentöl 64.1 USD 5,2% Gold Fr./kg 40851 -0,8% (im Wochenvergleich)

Ribar spielte heikles Mandat herunter

Ihre Zusammenarbeit mit dem verurteilten schweizerisch-angolanischen Geschäftsmann Jean-Claude Bastos bringt der SBB-Präsidentin politischen Ärger – und einen Reputationsverlust

Karin Kofler, Cornelia Krause und Denis von Burg

Zürich Premierfrau, Vorzeigemanagerin, mächtigste Wirtschaftsfrau der Schweiz – SBB-Verwaltungsratspräsidentin Monika Ribar surfte in den letzten Jahren auf der Erfolgswelle. Als sie 2013 als Chefin des Logistikonzerns Panalpina abtrat, hätte niemand gedacht, dass ihre Profiverwaltungsratskarriere so befeuert würde. SBB, Lufthansa, Sika: Mit ihrem Portfolio an Mandaten gehört sie zu den Schwergewichten im Verwaltungsrat-Olymp.

Doch nun gerät die oberste Chefin der Bundesbahnen in Bedrängnis: Die Enthüllungen rund um die Paradise Papers rücken Ribar in den Dunstkreis des wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung verurteilten Schweiz-Angolaners Jean-Claude Bastos. Ribar sass zwischen Mai 2015 und Juni 2016 im Verwaltungsrat von Bastos' Firma Capoinvest Limited mit Sitz auf den britischen Jungfern-Inseln, wofür ihr laut einer internen E-Mail 100'000 Dollar zugesichert wurden. Capoinvest steht hinter der Finanzierung eines grossen Hafensprojekts in Angola – in das Ribar ihre Logistikexpertise einbrachte.

Wie kam die als umsichtig geltende SBB-Präsidentin dazu, sich mit Bastos zusammenzutun und in den Verwaltungsrat einer Offshore-Firma einzusitzen, die in Südwestafrika geschäftet? Die Wirtschaftselite reibt sich die Augen. Zumal es wenig Aufwand braucht, um an Informationen über Unternehmen zu gelangen. «Die Prüfung eines Verwaltungsratsmandates war nie einfacher als heute. Im Internet findet man heutzutage alles», sagt Bruno Gehrig, Ex-Verwaltungsrat bei



Monika Ribar

Die SBB-Präsidentin gerät unter Druck von Polit- und Wirtschaftskreisen

Foto: Marco Zanoni/Lunax

Bastos' Auszug aus dem Strafregister ist inzwischen wieder leer, weil die zweijährige Probezeit abgelaufen ist. Die 58-jährige Wirtschaftsfrau betonte in der Vergangenheit immer wieder die Bürde, die eine Tätigkeit im strategischen Gremium einer Firma mit sich bringt. «Ein Verwaltungsratsmandat birgt eine grosse Verantwortung», sagte sie in einer Talkrunde 2014.

Umso mehr verwundert es, dass sie die Fakten, die nun über Bastos auf dem Tisch sind, im Rahmen ihrer eigenen Überprüfungen nicht hellhörig gemacht haben: Bastos verwaltet den 5 Milliarden Dollar schweren angolanischen Staatsfonds, der wiederum das erwähnte Hafensprojekt zu einem grossen Teil finanziert. Gleichzeitig ist der Entrepreneur Mehrheits-eigner eben dieses Hafens.

Für Corporate-Governance-Experte Silvan Felder von der Luzerner Verwaltungsrat Management AG ist klar: «Bei Mandatsanfragen aus Ländern, die weit hinten auf dem Korruptionsindex stehen, bei denen vorbestrafte Personen massgeblich involviert sind und Konstrukte in Steueroasen eine Rolle spielen – da müssten sämtliche Warnlampen aufleuchten.»

Ausgerechnet bei Capoinvest fehlte die Firmensitzangabe

Hat Ribar also nicht genau recherchiert oder sich vom charismatischen Bastos blenden lassen? Klar ist: Die Ex-Panalpina-Chefin war bemüht, das Mandat kleinzuhalten. Gemäss Recherchen der SonntagsZeitung informierte Ribar den SBB-Verwaltungsrat zwar über ihr Engagement bei Capoinvest, spielte die Bedeutung aber herunter. Es sei eine unbedeutende Sache, ein Hafensprojekt in Angola.

Über die Beziehungen zu angolanischen Regierungskreisen und dem Staatsfonds wurde das Gremium nicht ins Bild gesetzt. Zu reden gab damals eher Ribars Fülle von Mandaten und ihre zeitliche Verfügbarkeit für die SBB.

Doch ihr gelang es offenbar, den Verwaltungsrat zu beruhigen. Ribar behauptet, ihr Mandat bei Capoinvest sei im SBB-Geschäftsbericht von 2015 korrekt deklariert. Auffällig ist jedoch, dass ausgerechnet bei dieser Firma als einziger die Angabe des Firmensitzes fehlt. Beim Bundesamt für Verkehr wusste man bei der Wahl von Ribar zur SBB-Präsidentin gar nichts von ihrem Einsatz in der Firma.

Souverän, pointiert, bodenständig und erst noch lustig – bis jetzt war Monika Ribars Image als Managerin makellos. Nicht einmal die wüste Auseinandersetzung um den Verkauf des Baukonzerns Sika, wo sie als Verwaltungsrätin im Faden-



diversen Grosskonzernen wie UBS, Swiss Life und Roche.

Ribar sagt, sie habe vor der Annahme des Mandats alles genau geprüft. Allerdings: Sie räumt auch ein, sie sei von Bastos' Verurteilung lediglich durch Medienberichte informiert gewesen. In diesen hatte der Schweiz-Angolaner den Richterspruch unvollständig oder gar irreführend dargestellt. Etwa indem er sagte, in allen wesentlichen Anklagepunkten freigesprochen worden zu sein und sich selber in keiner Art und Weise unrechtmässig bereichert zu haben. Beides steht im Urteil anders. Das Urteil hatte Ribar nicht gelesen.

Gisel brachte den Fall Vincenz ins Rollen

Der Raiffeisen-Chef bestellte ein Rechtsgutachten, das zum Verfahren der Finanzmarktaufsicht gegen seinen Vorgänger führte – auch die Position von Bankpräsident Rüegg-Stürm ist gefährdet

Arthur Rutishauser

St. Gallen Langsam kommt Licht ins Dunkel der Affäre Raiffeisen. Es war kurz nach dem Amtsantritt von Patrik Gisel als Chef der Bank, als die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) neue Richtlinien darüber erliess, wie sich eine Bank zu organisieren habe. Neu war, dass der Risikochef zwingend Mitglied der Geschäftsleitung sein muss. Das war bei Raiffeisen nicht der Fall.

Um zu klären, ob seine Bank ansonsten korrekt aufgestellt war, bestellte Gisel bei der Anwaltskanzlei Prager Dreifuss ein Gutachten zur Corporate Governance. Was Prager Dreifuss vorfand, war an mehreren Stellen nicht das, was die Aufsicht von einer systemrelevanten Bank verlangt. Der Bericht der Anwälte wurde der Finma zugestellt – und diese verlangte weitere Abklärungen. Insbesondere sollten die Firmenkäufe überprüft werden, die Raiffeisen unter Gisels Vorgänger Pierin Vincenz getätigt hatte. In seiner Amtszeit übernahm das Unternehmen die Bank Wegelin, einen Teil des Derivateherstellers Leonteq, Anteile des Kreditkartenabwicklers Aduno und die Beteiligungsgesellschaft Investnet.

Was Prager Dreifuss ein paar Monate später berichtete, veranlasste vergangenen Mai die Finma dazu, gegen die Raiffeisen-Gruppe ein sogenanntes Enforcement-Verfahren unter der Leitung der Revisionsgesellschaft Deloitte einzuleiten. Das deckte die Sonntags-Zeitung vor zwei Wochen auf.

Verfahren der Aufsicht wird auch für Gisel heikel

Am 1. November erfuhren die langjährige Unternehmenschef Pierin Vincenz, dass gegen ihn persönlich ebenfalls ein Verfahren eröffnet wurde und dass er bis Mitte Dezember Zeit habe, das dem Verwaltungsrat der Helvetia-Versicherung mitzuteilen. Vincenz ist Präsident des Helvetia-Verwaltungsrats, Patrik Gisel einfaches Mitglied.

Im Vincenz-Verfahren werden insbesondere die Zahlungsströme der Raiffeisen im Fall der Beteiligung an der Investnet-Holding, die Rolle der Raiffeisen-Organe sowie die Kreditvergabe untersucht. Als Helvetia-Präsident muss Vincenz der Finma Gewähr bieten für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit,



Ex-Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz (l.), Nachfolger Patrik Gisel

Foto: Dario Fel Ammann

wie es im Fachjargon heisst. Ziel des Enforcement-Verfahrens ist, zu klären, ob Vincenz diese Gewähr bietet.

Das Enforcement wird nicht nur für ihn sehr heikel, sondern auch für seinen Nachfolger Gisel, für Raiffeisen-Präsident Johannes Rüegg-Stürm und Finanzchef Marcel Zoller. Investnet ist eine Beteiligungsgesellschaft, an der Raiffeisen 60 Prozent der Anteile hält, Vincenz persönlich 15 Prozent. Das schrieb die «Handelszeitung» letzte Woche. Eine heikle Konstellation, denn Vincenz hat seine Anteile von Raiffeisen gekauft, kurz

nachdem er Ende September 2015 als deren Chef zurückgetreten war. Seit dem 1. Oktober desselben Jahres ist er Präsident von Investnet und Marcel Zoller, Raiffeisen-Finanzchef, Mitglied des Verwaltungsrats. Kurz bevor Vincenz bei Raiffeisen zurückgetreten war, ordnete er zusammen mit Zoller die von Raiffeisen gehaltenen Beteiligungsgesellschaften neu. Die frühere Investnet und die Firma KMU Capital wurden zur Investnet-Holding fusioniert. Diese hat zum Zweck, sich an Erfolg versprechenden Kleinunternehmen zu beteiligen, eine Art Private-Equity-Ge-

sellschaft also. Neben Vincenz halten auch die Gründer Peter Wüest (15 Prozent) und Andreas Etter (10 Prozent) Anteile an der Holding.

Wie viel die Investnet-Holding wert ist, lässt sich nur schwer sagen, denn das hängt vom Wert ihrer Beteiligungen ab. Darüber gibt es einen Ermessensspielraum. Darum beauftragte Raiffeisen noch zu Vincenz' Zeiten das Beratungsunternehmen PricewaterhouseCoopers mit einem Gutachten und einer Neubewertung. Aufgrund dieser wurde der Preis für Vincenz' Beteiligung festgelegt. Insider, die

Kenntnisse über den Inhalt der Untersuchungsberichte haben, sagen gegenüber der Sonntags-Zeitung, dass es bei den Verhandlungen und beim Umgang mit den Ausstandsregeln Verstösse gegen die Richtlinien der Finma gab. Bisher sagen aber auch alle Beteiligten, dass der ganze Prozess gegenüber dem Verwaltungsrat und insbesondere gegenüber Verwaltungsratspräsident Rüegg-Stürm offengelegt wurde.

Auffällig hohe Kredite für die eigenen Führungskräfte

Für diesen wird das Verfahren aus einem weiteren Grund immer gefährlicher. Inwiefern es im Fall Investnet zu heiklen Kreditvergaben kam, ist nicht ganz klar. Auffällig ist aber, dass Raiffeisen hohe Organkredite ausweist, also Kredite an Führungspersonen. Gemäss Geschäftsbericht geht es bei den Verwaltungsräten um 20 Millionen Franken, bei den übrigen um 43 Millionen Franken, hinzu kommen 8,6 Millionen Franken an nicht näher dargelegten Verpflichtungen. Alles zu «branchenüblichen Vorzugskonditionen», die vom Verwaltungsrat bewilligt werden müssen. Im zuständigen Verwaltungsausschuss sitzt Johannes Rüegg-Stürm. Vor zwei Jahren beliefen sich die Organkredite für alle Beteiligten zusammen erst auf 45 Millionen, Verpflichtungen wurden keine ausgewiesen.

Die Untersuchung hat in den letzten Wochen innerhalb der Raiffeisen hohe Wellen geworfen. Ihr Chef Patrik Gisel versuchte, die Belegschaft mit dem Hinweis zu beruhigen, die Beteiligung an Investnet stelle für Raiffeisen kein finanzielles Risiko dar. Im Raiffeisen-Umfeld munkelt man zudem, dass Gisel bald seinen Rücktritt als Helvetia-Verwaltungsrat bekannt gibt. Vor kurzem hat Raiffeisen ihre Beteiligung an Helvetia verkauft. Bereits zurückgetreten ist Finanzchef Zoller, praktischerweise wollte er schon länger in die Frühpension. Wie lange Rüegg-Stürm Verwaltungsratspräsident von Raiffeisen bleibt, wird man sehen. Vieles deutet auf seinen baldigen Rücktritt hin.

Vincenz selber gibt sich bis heute standhaft und will den Prozess mit der Finma durchfechten. Bleibt abzuwarten, ob ihn die Aktionäre und die übrigen Verwaltungsratsmitglieder von Helvetia wirklich weitermachen lassen.

Fortsetzung

Ribar spielte heikles Mandat ...

kreuz ist, konnte ihr schaden. Das SBB-Präsidium war eine Art Aderlung. Nun holt sie das Engagement bei Jean-Claude Bastos unsanft ein. Bundesbern verlangt Rechenschaft. Natalie Rickli, SVP-Nationalrätin und Präsidentin der Verkehrskommission, fordert Aufklärung. «Frau Ribars Vorgehen wirft Fragen auf. Verkehrsministerin Doris Leuthard muss jetzt untersuchen, warum Frau Ribar den Bundesrat nicht

über dieses Mandat informiert und ob sie allenfalls die nötigen Sorgfaltspflichten verletzt hat. Auch Frau Ribar selbst sollte unverzüglich aus eigenem und im Interesse der SBB Klarheit schaffen.» Rickli erhält Sukkurs von ihrem Kommissionskollegen, GLP-Präsident Jürg Grossen. «Der Entscheid von Frau Ribar, als Verwaltungsrätin und designierte Verwaltungsratspräsidentin eines Staatsunternehmens dieses heikle Mandat anzunehmen, ist schwer nachzuvollziehen.» Sie müsse nun offenlegen, wie es zu dem Mandat gekommen sei. Dann zeige sich, ob und welche Konsequenzen sie ziehen müsse.

In Wirtschaftskreisen wird Ribars Integrität zwar nicht angezweifelt, aber der Tenor ist einhellig: Hat man exponierte Mandate bei Konzernen wie SBB oder Lufthansa, liegen keine Experimente drin. «Dann muss man noch restriktiver sein bei Anfragen, noch genauer prüfen», sagt ein ausgewiesener Verwaltungsratsprofi.

«Das Reputationsrisiko ist einer der wichtigsten Faktoren, die es bei der Annahme eines neuen Mandats zu beachten gilt», sagt Monika Bütler, Universitätsprofessorin und Multiverwaltungsrätin (Schindler, Suva, Nationalbank). Deshalb lohne es sich, die Besitzer einer Firma

genauer unter die Lupe zu nehmen. «Die Eigentümerschaft ist sehr wichtig, denn der Eigentümer entscheidet über die Strategie», sagt Ex-Swiss-Life-Verwaltungsratspräsident Bruno Gehrig. Unter diesem Aspekt hätte Bastos nach Ansicht vieler ein Fragezeichen auslösen müssen. Ein weiterer Verwaltungsratsprofi sagt: «Wenn Kriminalität oder illegitimes Verhalten im Raum stünde, wäre das für mich grundsätzlich ein rotes Tuch.»

Ex-Siemens-Managerin Barbara Kux prüft Anfragen für neue Mandate immer selber. Betreffen sie einen Staat, der verdächtig ist, tut sie das noch akribischer. «Bei

einem Mandat in Zusammenhang mit einem Land wie Angola – das im Transparency Index im untersten Zehntel steht – wäre ich sehr zurückhaltend und würde besonders genau prüfen, besonders im Zusammenhang mit Rohstoffen. Bei genauem Hinschauen gibt es aber sicherlich auch in kritischen Ländern professionell geführte und konforme Unternehmen», sagt Kux, die unter anderem im Verwaltungsrat von Henkel sitzt.

Eine Rolle im Entscheid für das Mandat spielte wohl auch Walter Fust, Ex-Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Er arbeitet mit Jean-Claude

Bastos zusammen und bat Ribar um Unterstützung beim Hafenprojekt, wie sie sagt. Fust genoss einen tadellosen Ruf.

Die Managerin argumentiert damit, dass das Hafenprojekt «Tausende von Jobs» schaffe. Die andere Seite aber ist, dass Bastos bei all seinen Aktivitäten in Afrika kräftig mitverdient. «Angolas Anleger oder Abzocker?», fragt die «Schweizer Illustrierte» in ihrer neuesten Ausgabe – und zeigt den Geschäftsmann in seiner Luxuswohnung am Zürcher Bellevue. Das sind nicht die Art von Schlagzeilen, die man sich bei den SBB in Zusammenhang mit der Präsidentin wünscht.